

RS OGH 2003/10/21 4Ob201/03t, 17Ob5/11a

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 21.10.2003

Norm

EO §391 IIA

EO §399

PatG 1970 §147 Abs2

Rechtssatz

Da das Patentgesetz, anders als das UWG, die Aufhebung wegen Erlags einer angemessenen Sicherheit ausdrücklich regelt und von bestimmten Voraussetzungen abhängig macht, kann die Aufhebung nicht von vornherein unter Hinweis auf die Rechtsprechung zur Unzulässigkeit eines Befreiungsbetrags bei einstweiligen Verfügungen zur Sicherung wettbewerbsrechtlicher Ansprüche abgelehnt werden. Es ist vielmehr in jedem Fall zu prüfen, ob der erlegte Betrag die gefährdete Partei ausreichend sichert und ob auf Seiten ihres Gegners Gründe vorliegen, die die Aufhebung rechtfertigen.

Entscheidungstexte

- 4 Ob 201/03t

Entscheidungstext OGH 21.10.2003 4 Ob 201/03t

- 17 Ob 5/11a

Entscheidungstext OGH 16.02.2011 17 Ob 5/11a

Gegenteilig; Beisatz: Nach der Aufhebung der Sonderbestimmung des § 147 Abs 2 S 2 PatG aF durch BGBl I 2006/96 (PatRNov 2007) gilt § 399 Abs 1 Z 3 EO nunmehr auch für einstweilige Verfügungen zur Sicherung

patentrechtlicher Ansprüche. (T1); Beisatz: Da das Patentgesetz seit der PatRNov 2007 die Aufhebung der einstweiligen Verfügung - gleich dem UWG ? nicht mehr ausdrücklich regelt und von bestimmten

Voraussetzungen abhängig macht, ist die Rechtsprechungslinie zur Unzulässigkeit eines Befreiungsbetrags bei einstweiligen Verfügungen zur Sicherung lauterkeitsrechtlicher Ansprüche wegen gleicher Interessenlage nunmehr auch auf patentrechtliche Ansprüche zu erstrecken. (T2)

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:2003:RS0118398

Im RIS seit

20.11.2003

Zuletzt aktualisiert am

28.10.2015

Quelle: Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at